

Opposition will Parteizentrale halten

Die burmesische Oppositionspartei unter der Führung der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi bekräftigte, Ende Oktober 2000 einen Rechtsstreit auszufechten, um in ihrem Hauptquartier bleiben zu können. Das Ultimatum einer Räumungsklage war bereits abgelaufen. Die National League for Democracy (NLD) wurde einen Monat vorher vom Besitzer des Hauses, der beteuerte, dass er die Entscheidung nicht unter dem Druck der Militärbehörden getroffen habe, aufgefordert, das Gebäude im Zentrum Rangoons zu verlassen. Partei-Offizielle waren nicht in der Lage gewesen, den Brief an den Vorsitzenden Aung Shwe oder an Aung San Suu Kyi weiterzuleiten, da die beiden und noch andere Parteimitglieder de facto unter Hausarrest stehen.

Die Beschränkungen waren den Parteimitgliedern am 22. September auferlegt worden, nachdem Aung San Suu Kyi versucht hatte, mit dem Zug nach Mandalay zu reisen, um das militärische Verbot, sich außerhalb der Hauptstadt zu bewegen, zu testen. »Wir werden hier bleiben, da wir keine anderen Befehle von unseren Parteiführern haben und nicht zu ihnen können«, so ein Parteimitglied. »Wir warten immer noch ab, was sich entwickelt. Wir erwarten noch nicht, dass

irgend etwas passiert.« Die NLD würde ihr Hauptquartier nicht verlassen, ohne vorher durch alle Gerichte gegangen zu sein, erklärte er weiter. »Aber wenn sie einen gerichtlichen Befehl bringen und uns gewaltsam hinauswerfen, gibt es nichts, was wir dagegen tun können.«

Es ist unwahrscheinlich, dass die Opposition in der Lage ist, ein anderes Gebäude in der Hauptstadt zu mieten. Sie ist wahrscheinlich gezwungen, in das Privathaus eines hochrangigen Parteimitglieds umzuziehen.

Daw Nu, der das Gebäude gehört, in dem die NLD seit ihrer Gründung 1989 ihr Hauptquartier hat, sagte in ihrem Brief, dass die Entscheidung, die Partei hinauszuerwerfen, aus persönlichen und finanziellen Gründen getroffen wurde. Sie fügte hinzu, dass die Gegenwart der Partei der Öffentlichkeit große Unannehmlichkeiten bereitet hätte, aufgrund von Straßenblockaden und anderen Störungen, die das Ergebnis der Parteiativitäten gewesen seien. Im letzten Mai waren Daw Nu und ihre jüngere Schwester Daw Chaw einige Tage in Haft, da sie die NLD nicht davon abhalten konnten, während eines Parteitreffens Lautsprecher zu verwenden.

vgl. AFP, 25. Oktober 2000

Umsiedlung wegen neuer Handelsroute

Die Behörden im indischen Staat Mizoram haben den Befehl an örtliche Dorfbewohner erteilt, ihre Dörfer zu verlassen, um Gebäude für eine zukünftige Handelsroute an der indo-burmesischen Grenze zu bauen.

Der indo-burmesische Grenzhandel, der offiziell 1995 operationalisiert wurde, läuft im Augenblick über die Tamu-Moreh Route (Tamu in der Sagaing Division in Burma und Moreh im indischen Staat Manipur). Die beiden Staaten bemühen sich, weitere Handelsrouten zu öffnen, eine davon ist die Rid-Zokhutta Route (Rid im burmesischen Chin-Staat und Zokhutta im indischen Staat

Mizoram), die den Grenzfluss Tio überquert.

Nach Aussage der indischen Regierung würde sie selbst alle erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen und den Dorfbewohnern für die Umsiedlung außerdem eine Kompensation bezahlen. Die indische Regierung hat bereits beschlossen, eine Brücke über den Tio zu bauen, um den Grenzhandel zu erleichtern. Obwohl die burmesische Regierung dem Bau bisher noch nicht zugestimmt hat, lagert das Baumaterial bereits an der Grenze.

vgl. Mizzima News Group (www.mizzima.com), 25.10.2000

Ogata-Bericht: Kein Fortschritt in Burma

Sadako Ogata, Hochkommissarin der UN-Flüchtlingskommission UNHCR, gab zu, dass bei der Lösung des burmesischen Flüchtlingsproblems wenig Fortschritte gemacht wurden. Sie sagte jedoch auch, dass sie hoffe, eine Ad-hoc-Mission könne in bestimmten »befriedeten Gebieten« des Landes bald gebildet werden. Auf einer Pressekonferenz am Ende eines zweitägigen Besuchs in Thailand sagte Ogata, dass die Angelegenheit bei ihrem kürzlichen Treffen mit den militärischen Führern Myanmars ausführlich diskutiert worden sei. Sie habe vorgeschlagen, dass das UNHCR Zugang zu Gebieten bekommen sollte, in denen die Kämpfe bereits beendet seien, wie beispielsweise im Mon-Staat. So könnte die UN helfen, Flüchtlinge in diesen Gebieten zu repatriieren. »Sie haben sich nicht geweigert. Sie sagten, sie würden es prüfen«, erklärte sie und fügte hinzu, dass die Junta immer noch sehr besorgt über die Sicherheitslage sei.

»Wir sollten dorthin dürfen, um uns ein Bild der Lage in den Gebieten machen zu können«, sagte sie und verwies auf die erfolgreiche Rückführung hunderttausender Rohingya-Muslime aus Bangladesh als Beispiel für die Arbeit ihrer Organisation. Sie sagte, dies könne ein guter Start für die Ausweitung der UNHCR-Präsenz im östlichen Burma sein und hoffte, es würde in den nächsten zwei bis drei Jahren erlaubt werden.

Thailand kündigte an, die burmesischen Flüchtlinge innerhalb von drei Jahren zu repatriieren, wenn es die Bedingungen zulassen. Voraussetzungen wären ein Ende der Kämpfe und die Präsenz des UNHCR auf der anderen Seite der Grenze, um die Sicherheit der Rückkehrer zu garantieren. Diesbezügliche Verhandlungen hätten jedoch bisher zu keinem Ergebnis geführt. Kritiker beschuldigten die Junta, bei der Lösung des Problems unaufrichtig zu sein.

vgl. The Nation, 18.10.2000

nachrichten

Neue Gespräche mit ASEAN

Die Europäische Union wird im Dezember 2000 die Gespräche mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) wieder aufnehmen, erklärte der französische Außenminister Vedrine Ende Oktober. Die Verhandlungen waren von europäischer Seite aus Protest gegen die Aufnahme Burmas in die ASEAN für drei Jahre ausgesetzt worden. »Im Austausch für strengere Maßnahmen der EU gegen die herrschende Junta waren die Briten nicht mehr gegen neue Gesprächsrunden«, so Vedrine.

Vedrine zufolge sollten im Dezember in Vientiane, Laos, neue Gespräche stattfinden. Die Aussage des französischen Außenministers, die die Meinung aller 15 EU-Staaten widerspiegelt, beseitigte letzte Unsicherheiten über eine Wiederaufnahme der Gespräche.

»Wir schießen uns selbst ins Bein, wenn wir den Dialog mit der ASEAN an die Burma-Frage koppeln«, erklärte der Minister.

Im September verurteilte die EU repressive Maßnahmen der Junta gegen die demokratische Opposition unter Aung San Suu Kyi, die erneut unter Hausarrest gestellt worden war, scharf. Großbritannien hat vor allem seine Empörung über die Inhaftierung des Menschenrechtsaktivisten James Mawdsley zum Ausdruck gebracht, dessen Freilassung nur noch eine Frage von Stunden sein sollte, nachdem er 14 Monate einer 17-jährigen Strafe für das Verteilen von prodemokratischen Flugblättern abgesessen hatte.

vgl. AFP, 20.10.2000

nachrichten

Zusammenstöße an der Grenze

Ein thailändischer Soldat wurde getötet und zwei weitere verletzt, als es Ende Oktober an der thai-burmesischen Grenze zu einem Zusammenstoß mit burmesischen Soldaten kam, so berichtet das thailändische Militär. Es kam zu einem kurzen Schusswechsel mit etwa 50 burmesischen Soldaten, die die Grenze nach Thailand überquert hatten.

Es war nicht sofort klar, ob es Tote unter den Burmanen gab, die zum *Light Infantry Battalion 283* gehörten, das in Kawreik, im Karen-Staat stationiert ist. Von burmesischer Seite stand niemand für einen Kommentar zur Verfügung.

Die burmesischen Truppen sind in der Gegend stationiert, um aufständische Karen zu bekämpfen, die entlang der thai-burmesischen Grenze aktiv sind. Es kommt dabei gelegentlich zu Gefechten zwischen burmesischen Truppen und thailändischen Grenzpatrouillen.

Da die Monsun-Saison näherrückt, kommen weitere burmesische Bataillone an der Grenze an, um den Kampf gegen die Guerillas der *Karen National Union* zu verstärken, die seit fünf Jahrzehnten für mehr Autonomie kämpft.

Das thailändische Militär schickte kurz nach den Zusammenstößen einen Protestbrief nach Burma.

Das thailändische Außenministerium würde außerdem die burmesische Botschaft in Bangkok wegen des Zwischenfalls kontaktieren, so der stellvertretende Vorsitzende des thailändischen Regionalkommandos, das diesen Teil der langen thai-burmesischen Grenze patrouilliert.

vgl. AP, 25. 26. 10. 2000

Golfplatz sorgt für Unruhe

Ein Golfplatz in Burma, unmittelbar an der Grenze zu Thailand, der vermutlich von thailändischen Investoren in Kooperation mit burmesischen Soldaten gebaut wurde, bereitet thailändischen Offiziellen Sorgen. Der Golfkurs befindet sich in einer de-militarisierten Zone jenseits des Drei-Pagoden-Passes im Sangkhlaburi-Distrikt. Auf dem Land wurden Gästehäuser gebaut. Auf einem Teil soll außerdem ein Kasino entstehen. Einer Quelle in der thai-burmesischen militärischen Koordinationseinheit No. 4 zufolge wurde der Golfplatz vor ungefähr einem Jahr gebaut. Die Einheit habe einige Protestbriefe an die burmesische Regierung geschickt, aber keine Antwort bekommen. Der Platz wurde bereits drei oder viermal von thailändischen Offizieren und Geschäftsleuten verwendet. Oberstleutnant Maung Maung, Befehlshaber des 343. Bataillon im Phayathongsu Camp in der burmesischen Stadt Pa'an, die auf der anderen Seite des Drei-Pagoden-Passes liegt, sagte, der Golfplatz sei von thailändischen Geschäftsleuten gebaut worden. Er weigerte sich jedoch, die Namen der Investoren zu nennen. Jeder Thai, der den Platz zu benutzen wünsche, solle direkt mit ihm Kontakt aufnehmen.

Der frühere Präsident der Kanchanaburi Handelskam-

mer, erklärte, die Eröffnung eines Kasinos führte zu Problemen mit Drogen, Prostitution, illegaler Arbeit und andere Verbrechen. Er fügte jedoch hinzu, dass ein Kasino vielleicht auch dazu beitragen würde, den Tourismus in Kanchanaburi mit zunehmenden Investitionen in Hotels und Resorts voranzutreiben.

Kachadpai Burasapatana, der Chef des thailändischen Sicherheitsrates, erklärte, die Behörden hätten keine Handhabe, thailändische Geschäftsleute von Investitionen in Kasinos in benachbarten Staaten abzuhalten. »Was wir tun können, ist, Maßnahmen zu ergreifen, die es für Thais schwieriger machen, die Grenze zu überqueren, um zu spielen. Wir können einen temporären Grenzpunkt öffnen, unter der Bedingung, dass kein Kasino eröffnet wird. Wenn ein Kasino eröffnet wird, wird der Übergang sofort geschlossen.« Er fügte hinzu, dass das Innenministerium strengere Maßnahmen ergreifen würde, um Thais davon abzuhalten, Kasinos auf der anderen Seite der Grenze zu besuchen. Nur den lokalen Anwohnern würde es erlaubt sein, den Grenzübergang zu benutzen. Um einen ständigen Grenzpunkt zu überqueren, würde ein Pass notwendig sein.

vgl. BP 24. 10. 2000

Rückkehr von Flüchtlingen

Die Karen haben davor gewarnt, 8.000 Flüchtlinge nach Burma rückzuführen, die nun in Nord-Thailand Zuflucht gefunden haben. Die Flüchtlinge sind ein Teil der schätzungsweise 100.000 Burmesen, die, auf der Flucht vor der burmesischen Militärregierung, in Lagern in Thailand leben. Nach Aussage der thailändischen Regierung ist das Lager nur eine temporäre Zuflucht. Man beabsichtige, die Flüchtlinge so schnell wie möglich nach Burma zu repatriieren.

Die Mehrheit der Familien in den Gebieten, in denen sie

sich verstecken, seien kurz vor dem Verhungern. Sie seien ausschließlich von der Nahrung abhängig, die sie im Urwald finden. Die Flüchtlinge litten an vielen Krankheiten, wie beispielsweise Malaria, Hautinfektionen und Tuberkulose. In der Regenzeit müssten sie im Regen reisen, da sie sich immer auf der Flucht befänden. Besonders wenn sich die Truppen nähern, müssten sie aus ihren Verstecken verschwinden.

vgl. ABC-Online, 25. 10. 2000

Journalist steht kurz vor dem Tod

Der burmesische Journalist Soe Thein, 55, der seit Mai 1996 ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis sitzt, steht nach zwei Herzinfarkten kurz vor dem Tod, so die Organisation *Reporter ohne Grenzen*. Der Journalist, der auch Mitglied der oppositionellen *National League for Democracy* (NLD) ist, kam Ende September 2000 nach seinem zweiten Herzinfarkt in Rangoon ins Krankenhaus.

Nach Aussagen von Freunden und seiner Familie stirbt Soe Thein. *Reporter ohne Grenzen* sei sehr über seinen Gesundheitszustand besorgt, so die Organisation in einem Statement. *Reporter ohne Grenzen* hat die Militärjunta aufgefordert, den Journalisten sofort frei zu lassen, damit er die erforderliche medizinische Versorgung bekommt.

In den letzten zehn Jahren sind bereits drei Journalisten in der Haft gestorben. Mindestens zwölf andere befinden sich noch in Haft.

vgl. AFP, 17. 10. 2000

Neue Flüchtlingsströme

Die Hochkommissarin der UN-Flüchtlingskommission, Sadako Ogata, warnte, dass Burma und Indonesien die beiden nächsten großen Herausforderungen für ihre Organisation darstellen würden.

Ogata ist gerade aus Rangoon zurückgekommen, wo sie die Militärregierung aufforderte, UNHCR-Präsenz im Osten des Landes an der thailändischen Grenze zuzulassen. Laut Ogata müsse es zuerst zu einem Wandel in Burma kommen, bevor die rund 100.000 Flüchtlinge aus Thailand zurückkehren könnten.

vgl. ABC-Online, 24. 10. 2000